

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Offener Brief

Gegen die atomare Aufrüstung Europas und für die Stärkung der UN-Friedensordnung München, 16. April 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Wir befürchten, dass im Schatten der Corona-Pandemie andere existenzielle Themen in der internationalen Politik vernachlässigt werden. Neben Erderwärmung oder Artensterben gibt insbesondere die atomare Aufrüstung Anlass zur Sorge. Der Einsatz von Nuklearwaffen hätte katastrophale humanitäre und ökologische Auswirkungen. Bereits der Abbau des Urans, dem notwendigen Rohstoff für nukleare Waffen, zerstört die Natur und Umwelt großflächig und stellt eine massive Gefahr für dort arbeitende und lebende Menschen dar. Der gefährliche Bergbau und die strahlenden Hinterlassenschaften haben weltweit zu zahlreichen Krebserkrankungen geführt. Auch die Atombombentests vernichteten die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen und führten zu tausenden Strahlenopfern, wie heute noch die Tests auf dem Mururoa Atoll im Südpazifik zeigen. Wie das bedrohliche Virus kann diese Gefahr nur durch internationale Verständigung und gemeinschaftliches Handeln eingedämmt werden. Die Bundesregierung hat u.a. mit dem Vorschlag zum universellen Verzicht eines Ersteinsatzes bereits eine erste Initiative ergriffen.

Doch gerade jetzt besteht in Europa die Gefahr, dass auch durch Entscheidungen der Bundesregierung Fakten geschaffen werden, die einer echten Sicherheit durch atomare Abrüstung und international verbindliche Verträge zuwiderlaufen. In dreifacher Hinsicht sind wir direkt betroffen:

- 1) Die Nukleardoktrinen Russlands und der USA senken die Hemmschwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen auf unserem Kontinent. Die neu installierten „kleineren“ Atomwaffen für einen „begrenzten Atomkrieg“ sind besorgniserregend. Dies umso mehr, da ein atomarer Erstschlag vom NATO-Oberbefehlshaber (Tod Wolters) nicht mehr ausgeschlossen wird. Zwar sehen wir unmittelbar keine Anzeichen für eine Eskalation. Die fragile Beziehung und schlechte Verfassung der beiden Großmächte lassen jedoch keine sichere Prognose zu. Gewissheit besteht darin, dass sie im Ernstfall eine direkte Konfrontation meiden und Konflikte zu unseren Lasten austragen.
- 2) Die für dieses Szenario eingeplanten Sprengköpfe, darunter die im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Deutschland liegenden B 61 Atombomben, werden modernisiert. Sie sollen bereits in den kommenden Jahren in den Teilhabestaaten stationiert werden.
- 3) Die Bundesregierung will jetzt neue Kampfflugzeuge als Trägersysteme für diese US-Nuklearwaffen in Auftrag geben. Zugleich hat in den USA und in Russland die Entwicklung von Mittelstrecken-Trägersystemen begonnen, die keine ausreichende Vorwarnzeit erlauben, und die völkerrechtlichen Schranken (INF-Vertrag) wurden bereits gegen den europäischen Willen beseitigt.

Weitere Pfeiler der Rüstungskontrolle wanken. Der „New Start“ Vertrag zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen steht vor dem Aus. Damit gäbe es zwischen den USA und Russland keine vertraglichen Verpflichtungen mehr zur Rüstungsbegrenzung. Selbst das „Open Skies“ Abkommen zum gegenseitigen Überflug, welches der Vertrauensbildung dienen sollte, steht zur Disposition.

Frau Bundeskanzlerin, wir alle sehen, dass eine weltordnungspolitische Epoche, in der bestimmte Lager dominierten, zu Ende geht, und dürfen den Moment nicht verpassen, nun alle unsere Anstrengungen auf globale Kooperation zu konzentrieren. Nur so können wir dem Virus, der nuklearen Bedrohung und anderen globalen Herausforderungen erfolgreich begegnen. Wir wollen nicht, dass die internationale Ordnung unter dem Vorzeichen neuer Machtgefälle wieder dem Paradigma der Lagerspaltung untergeordnet wird. Alle können dabei nur verlieren.

Wir bitten Sie und fordern die Bundesregierung auf: die Stationierung neuer Atomwaffen zu untersagen, keine neuen Trägersysteme für Atomwaffen zu beschaffen und den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen von 2017 zu unterschreiben und zu ratifizieren. 122 Staaten haben für den Vertrag gestimmt, 81 haben ihn inzwischen unterzeichnet, 36 ratifiziert. Die Beispiele Griechenlands und Kanadas zeigen, dass die Beendigung der nuklearen Teilhabe möglich ist, ohne die NATO-Mitgliedschaft aufzugeben.

Nur eine atomwaffenfreie Welt ist zukunftsfähig. Deutschland muss hierzu die Friedensordnung der Vereinten Nationen stärken und weiterentwickeln, anstatt im Lager- und Aufrüstungsdenken zu verharren.

Wir bitten Sie, Ihren persönlichen und politischen Einfluss dafür zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen



Franz Moll
Gründer und Vorstand
Nuclear Free Future Foundation



Beatrice Fihn
Direktorin ICAN



Olaf Bandt
Vorsitzender BUND



Martin Kaiser
Geschäftsführer Greenpeace



Dr. Alex Rosen
Vorstand IPPNW Deutschland



Christian Weis
Geschäftsführer
medico international



Sascha Hach
Leiter Nuclear-Free Future Award



Johannes Mikeska
Geschäftsführender Vorstand
ICAN Deutschland



Dr. Jean Jacques Fasnacht
Präsident PSR/IPPNW Schweiz



Matthias Eickhoff
Sprecher Aktionsbündnis
Münsterland gegen Atomanlagen